Stellungnahme der BfE-Fraktion zum Haushalt

2011

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

am 20.12.10 brachten Sie, Herr Dr. Storch, einen Haushalt ein, der trotz der negativen Folgen der Wirtschaftskrise auf ein Haushaltssicherungskonzept bzw. Nothaushalt verzichten konnte. Sie haben derzeit die Finanzlage und die Ausgleichsmaßnahmen der Gemeinde zutreffend geschildert.

Ein paar Tage später bekam die Gemeinde per mail ihr Weihnachtsgeschenk in Form von finanziellen Belastungen, ausgelöst durch das Gemeindefinanzierungsgesetz und weiterer Umlageänderungen. Rat und Verwaltung haben sich dann in überwiegend konstruktiven Gesprächen auf die Bearbeitung zweier Sparlisten geeinigt, die einen genehmigungsfähigen Haushalt ermöglichen hätten. Im Rahmen dieser Vorlagen stellte die BfE Fraktion frühzeitig fest, dass die Einsparvorschläge nicht ausreichen würden. Weitere Maßnahmen wurden von Ihnen aber abgelehnt. Nachdem nach und nach weitere Belastungen einschneiten, welche uns in den Nothaushalt geschickt hätten, wurde der Kreis aufgefordert, seinen im finanziellen Chaos versinkenden Kommunen, zu helfen. Dieses wurde zum Teil umgesetzt. Aber es reicht hinten und vorne nicht.

Meine Damen und Herren, gem. §75 der GO NRW ist die Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass eine stetige Aufgabenerfüllung gesichert ist. Weitere Haushaltsgrundsätze liegen beispielsweise in der Haushaltswahrheit- und Klarheit. Ich frage mich allerdings, wie eine Kommune ihren Haushalt vernünftig planen soll, wenn nach Einbringung des Haushaltes nach und nach weitere Belastungen einschneien. Ich glaube, dass in der Hierarchie der Satz gilt: „Den letzten beißen die Hunde.“ Und das sind die Kommunen und ihre Bürger. Das wird hier scheinbar ohne größeren Widerstand hingenommen.

Konsolidierungslisten

Ich möchte nun auf die Konsolidierungslisten eingehen. Die BfE trägt die gemeinsam erarbeiteten Einsparungen, bis auf die Gewinnentnahme und die Kürzungen im Fraktionsbereich, mit. Ohne an dieser Stelle auf einzelne Punkte einzugehen, haben wir in der Verteilung der Belastungen folgende Schwerpunkte gesetzt:

1. Einnahmeerhöhungen auf eine möglichst breite Basis verteilen. (Steuern, Gebühren)
2. Einsparungen bei Investitionen und anderen Ausgaben, die keine direkte Belastung darstellen
3. Keine Eingriffe in soziale Bereiche, insbesondere der Jugendbereich sollte ausgenommen werden.
4. Nur begrenzte Kürzungen im Bereich der Vereins- und sonstigen Zuschüssen.
5. Streichungen von Leistungszulagen bei Beamten, aber kein Beförderungsstopp.
6. Festhalten an gesetzten Prioritäten.

Da aber die antragstellenden Parteien selbstherrlich, obwohl wir im Vorfeld in engem Kontakt standen, auf eine Paketlösung bestanden haben, sah sich die BfE im zurückliegenden Hauptausschuss gezwungen, insbesondere um die Glaubwürdigkeit nicht zu verlieren, als Konsequenz das Paket abzulehnen.

Planerische Gewinnabführung

Die letztlich von Ihnen eingebrachte und von der Mehrheit im Hauptausschuss beschlossene **planerischen Gewinnabführung aus den Gemeindewerken lehnt die BfE-Fraktion entschieden ab.**

Wir sehen es nicht ein, dass Sie Herr Bürgermeister, nur um eine zweimalige Überschreitung der 5% Hürde nach §76 I zu verhindern, zusätzliche Gewinnabführungen von 145.000 bzw. 330.000 Euro aus den Werken vornehmen. Wir befürchten, dass dadurch die Gebührensätze wieder angehoben werden.

Die BfE Fraktion hat den Änderungen der Abwassergebühren u.a. nur zugestimmt, um die erheblichen Investitionen im Abwasserbereich bewältigen zu können. Jetzt können Sie natürlich sagen, dass es sich um eine planerische Ansetzung der Beträge handelt und Sie davon ausgehen, dass sich die Wirtschaft erholt, sodass Sie die Gewinne der Werke nicht brauchen. Da frage ich mich natürlich, ob das die vom Gesetzgeber geforderte Haushaltsklarheit ist. Weiterhin wird dadurch das Problem vom Gemeindehaushalt in den Haushalt der Werke verschoben.

Gem. § 11 der Gemeindehaushaltsverordnung dürfen in den Gemeindehaushalt nur diejenigen Einnahmen und Ausgaben eingestellt werden, die auch in dem jeweiligen Haushaltsjahr tatsächlich fällig werden.
Nur rein planerische Ansätze in den Haushalt zu bringen, ist unzulässig.

Die BfE Fraktion ist für eine klare Darstellung der Finanzen und Verhältnisse. Wir haben frühzeitig gesagt, dass es weitere Einsparungen oder Aufschiebungen im Haushalt geben muss. Das gilt auch für bestimmte Teile der Regionale 2010. Hier kamen aber verwaltungsseitig keine Vorschläge.

Antrag:

Da die Mehrheit nun auf die planerischen Einstellungen der Beträge besteht, somit das Problem in den Finanzbereich der Werke verschiebt, beantragt die BfE Fraktion, die Aufstellung einer Vorschlagsliste mit Sperrvermerken im Bereich der Werke, um den Folgen einer möglichen Gewinnentnahme, die zu einer Gebührenerhöhung führen könnte, entgegenzuwirken.

Schullandschaft

Meine Damen und Herren, unsere Gemeinde hat in der Gestaltung der Schullandschaft klare Prioritäten gesetzt. Die Um- und Ausbauten an unserer Hauptschule, der Neubau unseres naturwissenschaftlichen Zentrums, welches wir in diesem Jahr einweihen werden, sowie die Förderung der offenen Ganztagschule sind die Eckpfeiler dieses Weges. Nun haben wir als weiteren Schritt die ersten Voraussetzungen zur Umsetzung der Gemeinschaftsschule geschaffen. Da sind wir auch ein wenig stolz, dass die kurzfristige Entscheidung durch einen vieldiskutierten Antrag der BfE Fraktion geschah. Durch die u.a. in der Infoveranstaltung der Gemeinde vorgestellten Konzepte versprechen wir uns insbesondere eine bessere Einbindung der etwas schwächeren Schüler. Ich möchte einen Satz des Abends sinngemäß hier wiedergeben. *Durch viel unnötigen Druck und Stress verlieren die Kinder die Motivation zum Erlernen und damit auch die Möglichkeit zur eigenen Kompetenzentwicklung.* Die negativen Folgen kann man täglich beobachten.

Regionale, Tourismus und Kultur

Die Themen sind eng miteinander verknüpft, da sie in unserer Gemeinde etwas bewirken sollen und über die Grenzen hinaus für Eitorf werben sollen. Wir sind langsam auch in diesen Bereichen aus einem Dornröschenschlaf erwacht und schlagen die richtige Richtung ein. Für diese Bemühungen, möchten wir Ihnen und Ihren Mitstreitern unseren Dank aussprechen. Wir haben dennoch auch in diesen Bereichen den vorübergehenden Rotstift ansetzen müssen. Ich habe eingangs gesagt, dass auch Teile der Regionale 2010 auf Einsparmöglichkeiten oder förderunschädliche Aufschiebung hin zu überprüfen sind. Hier setzen wir allerdings Prioritäten. Der begonnene Bauabschnitt Siegauenplatz bis zum Siegsteg sollte ohne Einschnitte vollzogen werden. Ich habe schon Aussagen gehört, dass man auf die Siegplattform verzichten könne, diese werde ja nur von den Jugendlichen zerstört. Dieser Aussage treten wir entschieden entgegen. Wir wollen den Bürgern in Eitorf auch mal etwas Schönes bieten. Sie wissen alle, wie die Ortseingänge im Süden und Westen ausgesehen haben. Wo Müll, Dreck

und Bauruinen ins Auge fallen, fühlt sich niemand wohl und wird sich erst recht nicht niederlassen. Das wollen wir ändern.

Trotz eines guten Angebotes an kulturellen Veranstaltungen, welches ich hier ausdrücklich lobend erwähnen möchte, ist uns aufgefallen, dass Konzerte, die von der Gemeinde veranstaltet werden, fast ausschließlich mit Nicht-Eitorfer Kräften bestritten werden. Grundsätzlich spricht da Nichts gegen, da es sich meist um qualitativ hochwertige Künstler handelt. Aber gerade in Zeiten knapper Kassen wäre doch vielleicht mal überlegenswert, dass man auch mit einheimischen Künstlern und Vereinen Veranstaltungen bestreitet. Diese würden sich freuen, dass ihnen ein Forum geboten wird und die Gemeinde könnte wahrscheinlich einiges an Honoraren einsparen.

Daher hat die BfE die Erstellung eines Konzeptes zur Einbindung der Jugendförderung im oben beschriebenen Sinne im Rahmen des offiziellen Eitorfer Kulturprogrammes beantragt.

DSL / Stadtmarketing

Grundsätzlich hat sich die BfE Fraktion für ein eigenständiges Stadtmarketing ausgesprochen. Den eingestellten Betrag von 50.000 Euro für Beratungsleistungen zum Stadtmarketingkonzept würden wir momentan dennoch lieber in die DSL Förderung stecken. Die Bereitstellung einer leistungsfähigen DSL Versorgung ist für eine Gemeinde, die Dienstleistung und Gewerbe nach Eitorf ziehen will, eine unentbehrliche Voraussetzung. Zugleich ist es auch Werbung für Familien, sich in Eitorf niederzulassen. Viele Berufe fordern heute durch verbesserte Flexibilität einen Einsatz der Arbeitskraft auch am Wohnort. Dies kann bei dem momentanen Standard in Eitorf nicht geleistet werden.

Baugebiet Blumenhof, Gewerbefläche Lindscheid, Bahnunterführung Brückenstrasse

Als positive Entwicklung sehen wir auch die geplante Entwicklung des Baugebietes Blumenhof. Es ist richtig, hier erhöhte Ansprüche an die

Nachhaltigkeit zu stellen. Es war ebenso richtig, andere geplante Baugebiete zurückzunehmen und so den Verbrauch an Naturflächen einzugrenzen. Ein weiterer richtiger Schritt ist die Planung der Gewerbeflächen Lindscheid als Ersatz für Altebach 2. Meine Damen und Herren, der BfE und den meisten Bürgern unsrer Gemeinde ist bis heute nicht klar, mit welcher Logik die damalige politische Mehrheit das Gebiet Altebach 2 verwirklicht hat. Möglicherweise hatte das nicht nur planerische Gründe.

Nur: Um den Zeitraum dieser Fehlplanung hängen wir schon wieder hinterher.

Die von einigen Fraktionen gewünschte Bahnunterführung Brückenstrasse wird einen gewaltigen Einschnitt in das Ortsbild hinterlassen. Die BfE Fraktion hat hier einen Antrag eingereicht, der eine alternative Streckenführung unter Einbeziehung der Hochstrasse mit einer Siegtrasse vorsieht. Somit könnte auf eine Unterführung verzichtet werden. Weiterhin ermöglicht der BfE Vorschlag im Gegensatz zur Unterführung weitere große Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen der geplanten Verlagerungen von Bauhof und Feuerwehr.

Brandschutz, Feuerwehr

Meine Damen und Herren, die Verbesserung der Einsatzzeiten und der Ausstattung unserer Feuerwehr ist das gesteckte Ziel. Hier stehen mit der Verlagerung der Feuerwehr ins Auel oder eines zusätzlichen Standortes in Mühleip und der benötigten Fahrzeuge (schnelles Vorausfahrzeug 130.000, und ein weiteres Fahrzeug für 200.000 Euro) große Ausgaben an. Ausgaben, die wir auch nach Hinterfragen, als notwendig ansehen. Was wir allerdings nicht für notwendig erachten ist der zusätzliche Kommandowagen. Die 25.000 Euro könnten wir sinnvoller verwenden.

Finanzhaushalt

Meine Damen und Herren, wenn Sie den Gesamtfinanzhaushalt betrachten, werden Sie feststellen, dass es im Zeitraum von 2009-14 überhaupt nicht

geplant war oder ist, die steigende Verschuldung aus den Kassenkrediten, ausgehend von 486.000 aus 2009 bis 5,6 Mio. in 2014 zu tilgen. Wo bleibt hier die „intergenerative Gerechtigkeit“, wer soll diese Kredite einmal tilgen? Den ordentlichen investiven Krediten steht ein damit neugeschaffenes Anlagevermögen gegenüber. Diese werden jährlich mit rund 1 Mio. Euro getilgt. Nicht so die ansteigenden Kontenüberziehungen in Millionenhöhe. Hier türmen sich enorme zukünftige Probleme hinsichtlich des Haushaltsausgleichs auf, die dann wiederum dazu beitragen, dass der Ausgleich des Ergebnishaushalts schwieriger, wenn nicht gar unmöglich wird.

Ein Grund hierfür ist u.a. die vom NKF bezweckte Erwirtschaftung der Abschreibungen. Hier liegt unserer Meinung nach eine systembedingte Ungleichbehandlung zwischen Kreis und Kommune vor. Dieses wollen wir zur Diskussion stellen:

Dass in den Aufwendungen des Ergebnishaushalts des Kreises dessen Abschreibungen enthalten sind, bedeutet, dass der Kreis auch diese nicht zahlungswirksamen eigenen Abschreibungen von den Kommunen über die Kreisumlage mit einem entsprechenden geldlichen Betrag fordert und auch in Geld erhält. Die Kommunen können ihre eigenen Abschreibungen überhaupt nicht in Geld erwirtschaften, der Kreis hingegen erhält von seinen Kommunen über die Kreisumlage seine Abschreibungen in Geld, ohne dieses Geld aber tatsächlich auch für seine Abschreibungen zurück zu legen.

Hier liegt eine Ungleichbehandlung zu Lasten der Kommunen, die vielfach Teile ihrer Kreisumlage auch noch durch Kassenkredite fremdfinanzieren müssen, vor, während der Kreis hier richtiges Geld erhält und somit in Höhe seiner eigenen Abschreibungen keine Kassenkredite aufnehmen muss.

Die Gemeinde Eitorf hat rund 4 Mio. jährliche Abschreibungen, ohne die Ergebniswirksamkeit derselben wären wir nicht im Minus, sondern im Plus.

Fazit: Allein durch Einstellung der Abschreibungen in den Ergebnisplan werden nach der Gesetzessystematik alle Kommunen in die Haushaltssicherung getrieben.

Die nach Artikel 81 der Landesverfassung garantierte kommunale Selbstverwaltung wird ad absurdum geführt und ist in Wahrheit nicht mehr vorhanden. **Der Nothaushalt rückt immer näher. Wir leben vom Substanzverzehr. Diese Entwicklung führt unweigerlich zur Überschuldung.**

Daher beantragt die BfE Fraktion:

Der Rat der Gemeinde Eitorf bittet den Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, die in der Gemeindehaushaltsverordnung NRW vorgeschriebene Berücksichtigung der bilanziellen Abschreibungen dahingehend zu ändern, dass diese Abschreibungen nicht mehr ergebniswirksam bei der Berechnung des Haushaltsausgleichs im Gesamtergebnisplan berücksichtigt, sondern dort nur nach nachrichtlich aufgeführt werden.

Herr Dr. Storch, meine Damen und Herren, damit komme ich zum Schluss unserer Stellungnahme zum Haushalt 2011. Grundsätzlich ist die BfE Fraktion der Meinung, dass wir im zurückliegenden Jahr eine positive Entwicklung vollzogen haben. Wir sind mit den Finanzen im Jahr 2010 verantwortungsvoll umgegangen.

Diese klare, vom Gesetz geforderte Haushaltsplanung liegt in diesem Jahr aus den zuvor beschriebenen Gründen aber nicht mehr vor.
Deshalb lehnt die BfE Fraktion den Haushalt 2011 ab.

Abschließend möchte ich mich im Namen der Bürger für Eitorf bei allen Menschen bedanken, die durch ihren persönlichen Einsatz zum Allgemeinwohl in unserer Kommune und darüber hinaus beigetragen haben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit